



Niederschrift

über die 17. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lippstadt
am 11.09.2006

Sitzungsraum:	Rathaussaal, Lange Straße 14
Beginn:	18:05 Uhr
Ende:	19:15 Uhr

Anwesend waren:

Bürgermeister

1 Christof Sommer

CDU-Fraktion

2 Hannelore Bartmann-Salmen	CDU-Fraktion
3 Axel Bohnhorst	CDU-Fraktion
4 Wilhelm Börskens	CDU-Fraktion
5 Heike Igel	CDU-Fraktion
6 Klaus Laufkötter	CDU-Fraktion
7 Mechthild Niggemeier	CDU-Fraktion
8 Christian Prah	CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

9 Otto Brand	SPD-Fraktion
10 Hans-Joachim Kayser	SPD-Fraktion
11 Klaus Michael	SPD-Fraktion
12 Gabriele Oelze-Krähling	SPD-Fraktion
13 Sabine Pfeffer	SPD-Fraktion
14 Martin Schulz	SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

15 Wilhelm Glarmin	FDP-Fraktion
16 Thorsten Wolf	FDP-Fraktion

BG-Fraktion

17 Hans-Dieter Marche	BG-Fraktion
-----------------------	-------------

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

18 Ursula Jasperneite-Bröckelmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-----------------------------------	--------------------------------

Entschuldigt

19 Herbert Heiermeier	SPD-Fraktion
20 Franz Klocke	CDU-Fraktion
21 Dr. Forusan Madjlessi	FDP-Fraktion
22 Hans Günther Ostkamp	CDU-Fraktion
23 Marlies Stotz	SPD-Fraktion

Verwaltung

1. Beig. + StK Strotmeier
FBL Vollmer
Presseref. Paschert
StA Rubart
BBH-L Laub
GF Harms

Schriftführerin

zu TOP 5

In öffentlicher Sitzung

Herr Sommer eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass zu dieser form- und fristgerecht eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit vorlag. Er begrüßte neben den Ausschussmitgliedern die Vertreter der Presse sowie die erschienenen Zuhörer und Zuhörerinnen. Sodann schlug er hinsichtlich der Tagesordnung vor, den TOP 7 b „Lernmittelfreiheit (Schulbücher)“ aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges vor dem Bürgerantrag unter TOP 2 zur gleichen Thematik zu behandeln. Gegen diese Vorgehensweise erhob sich kein Widerspruch.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Lernmittelfreiheit (Schulbücher); h i e r : Bürgeranregung gemäß § 24 GO NW des Herrn Michael Bruns Vorlage Nr. 252/2006

Im Zusammenhang mit der Diskussion der Thematik unter TOP 7 b beschloss der Haupt- und Finanzausschuss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

1. Der Einwohnerantrag des Herrn Michael Bruns vom 15.08.2006 mit dem Ziel, die Stadt Lippstadt möge beschließen, dass die Kosten des Eigenanteils im Rahmen der Lernmittelfreiheit für Kinder von Hartz IV-Empfängern (*Arbeitslosengeld II*) von der Stadt Lippstadt zusätzlich übernommen werden, wird abgelehnt.
2. Die Stadt Lippstadt beschränkt sich bei der Finanzierung der Schulbücher (*Kosten der Lernmittelfreiheit*) auf die gesetzlichen Pflichtleistungen aus § 96 Absatz 3 Satz 4 Schulgesetz NRW.“

(Einstimmig zugestimmt)

3. Modellversuch Befreiung von der Pflicht zur Anwendung der Vergabevorschriften Vorlage Nr. 247/2006

Nach Ausführungen durch Herrn Sommer, Frau Bartmann-Salmen sowie die Herren Marche und Horstmann nahmen die Ausschussmitglieder den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. 6. Änderung der Ordnung über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Lippstadt (Vergabeordnung) vom 1. Oktober 1965 7. Änderung der Anlage zur Vergabeordnung Vorlage Nr. 249/2006

Unter Bezugnahme auf die Vorlage wurde vom Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, dem Rat zu empfehlen:

"Die die der Originalniederschrift als Anlage beigefügte 6. Änderung der Ordnung über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Lippstadt (Vergabeordnung) vom 1. Oktober 1965 und 7. Änderung der Anlage zur Vergabeordnung werden beschlossen".

(Einstimmig zugestimmt)

**5. Zuschuss an die Kultur und Werbung Lippstadt GmbH;
h i e r : Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2007/2008
Vorlage Nr. 234/2006**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Herr Sommer die Geschäftsführerin der KWL, Frau Harms, die sodann eine Frage von Frau Bartmann-Salmen beantwortete.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss, Bezug nehmend auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

1. Dem Wirtschaftsplan der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH für das Geschäftsjahr 2007/2008 mit einem Zuschussbedarf von 627.000,00 € wird zugestimmt.
2. Der Vertreter der Stadt Lippstadt in der Gesellschafterversammlung der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH wird angewiesen, eine entsprechende Erklärung abzugeben.
3. Die Fortschreibung der Finanzplanung der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH bis zur Spielzeit 2011/2012 wird zur Kenntnis genommen.

(Einstimmig zugestimmt)

**6. Durchführung des Häckseldienstes und der Verleihung des Geschirrmobils im Rahmen des Umweltservice der INTEGRA gGmbH
hier: Wegfall zum 01.01.2007
Vorlage Nr. 222/2006**

An der Diskussion dieses Tagesordnungspunktes beteiligten sich die Herren Sommer, Bohnhorst und Laub, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Kayser, Marche und Börskens. Da im Rahmen der Diskussion deutlich wurde, dass sich hinsichtlich der Verleihung des Geschirrmobils faktisch keine Änderungen ergeben werden, beantragte Frau Jasperneite-Bröckelmann, diesen Punkt aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Gegen diese Vorgehensweise erhob sich kein Widerspruch.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

1. Der von der INTEGRA gGmbH durchgeführte Häckseldienst für Baum- und Strauchschnitt aus privaten Gärten fällt zum 01.01.2007 weg.
2. Die der Originalniederschrift als Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Lippstadt wird beschlossen.

(Mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme zugestimmt)

7. Fragen der Ausschussmitglieder/Berichte der Verwaltung

7.a Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Kosten des SGB II Vorlage Nr. 254/2006

Nach Ausführungen von Herrn Sommer, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Frau Bartmann-Salmen und Herrn Kayser nahmen die Ausschussmitglieder den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7.b Lernmittelfreiheit (Schulbücher);

hier: Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Befreiung bestimmter Personenkreise von der Zahlung eines Elternanteils Vorlage Nr. 238/2006

(Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte im Anschluss an TOP 1 im Zusammenhang mit dem Bürgerantrag – TOP 2 – zu der gleichen Thematik.)

An der Aussprache dieses Tagesordnungspunktes nahmen Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Kayser, Herr Sommer, Frau Bartmann-Salmen sowie Herr Marche teil. Dabei machten die Diskussionsteilnehmer deutlich, dass eine Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern bei der Ausstattung mit Schulbüchern allein aufgrund mangelnder finanzieller Leistungsfähigkeit der Eltern vermieden werden müsse.

Um gleichzeitig eine pauschalierte und damit ggf. unsachliche Gleichbehandlung zu vermeiden und Problemstellungen wie die Behandlung von Schülerinnen und Schülern von Schulen anderer Schulträger bzw. auswärtiger Schüler und Schülerinnen städt. Schulen berücksichtigen zu können, schlug Herr Sommer vor, es grundsätzlich bei der gesetzlichen Pflichtleistung nach dem Schulgesetz zu belassen. Nur in begründeten Einzelfällen solle – wie bereits bisher so gehandhabt – nach erfolgter Prüfung durch den Fachbereich Jugend und Soziales (FB 5) eine Finanzierung der Schulbücher übernehmen werden. Dazu regte Herr Sommer an, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: „Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Lippstadt (Fachbereich 5) – wie bereits in der Vergangenheit – adäquate Lösungen finden wird, um besondere finanzielle und soziale Problemlagen zu vermeiden. Sollte es dabei zu Schwierigkeiten kommen, erfolgt eine entsprechende Berichterstattung.“ Gegen eine Einzelfallregelung in Zuständigkeit des Fachbereiches 5 erhoben sich keine Widersprüche. Herr Sommer unterrichtete die Ausschussmitglieder zudem über einen Offenen Brief der Caritas Soest zum Thema Lernmittelfreiheit.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die ergänzte Vorlage:

„Die Stadt Lippstadt beschränkt sich bei der Finanzierung der Schulbücher (Kosten der Lernmittelfreiheit) auf die gesetzliche Pflichtleistung aus § 96 Absatz 3 Satz 4 Schulgesetz NRW.“

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Lippstadt (Fachbereich 5) – wie bereits in der Vergangenheit – adäquate Lösungen finden wird, um besondere finanzielle und soziale Problemlagen zu vermeiden. Sollte es dabei zu Schwierigkeiten kommen, erfolgt eine entsprechende Berichterstattung.“

(Einstimmig zugestimmt)

7.c Anfrage von Frau Bartmann-Salmen zum Haushaltskonsolidierungsprogramm

Frau Bartmann-Salmen bat um Auskunft darüber, wie viele der vorgesehenen Einzelpunkte des Haushaltskonsolidierungsprogramm bislang umgesetzt und wie hoch die dadurch erreichten Einsparungen seien. Herr Strotmeier sagte dazu eine entsprechende Berichterstattung im nächsten Haupt- und Finanzausschuss zu.

gez. Sommer
Vorsitzender

gez. Rubart
Schriftführerin